

Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen: Was das AFI vorschlägt

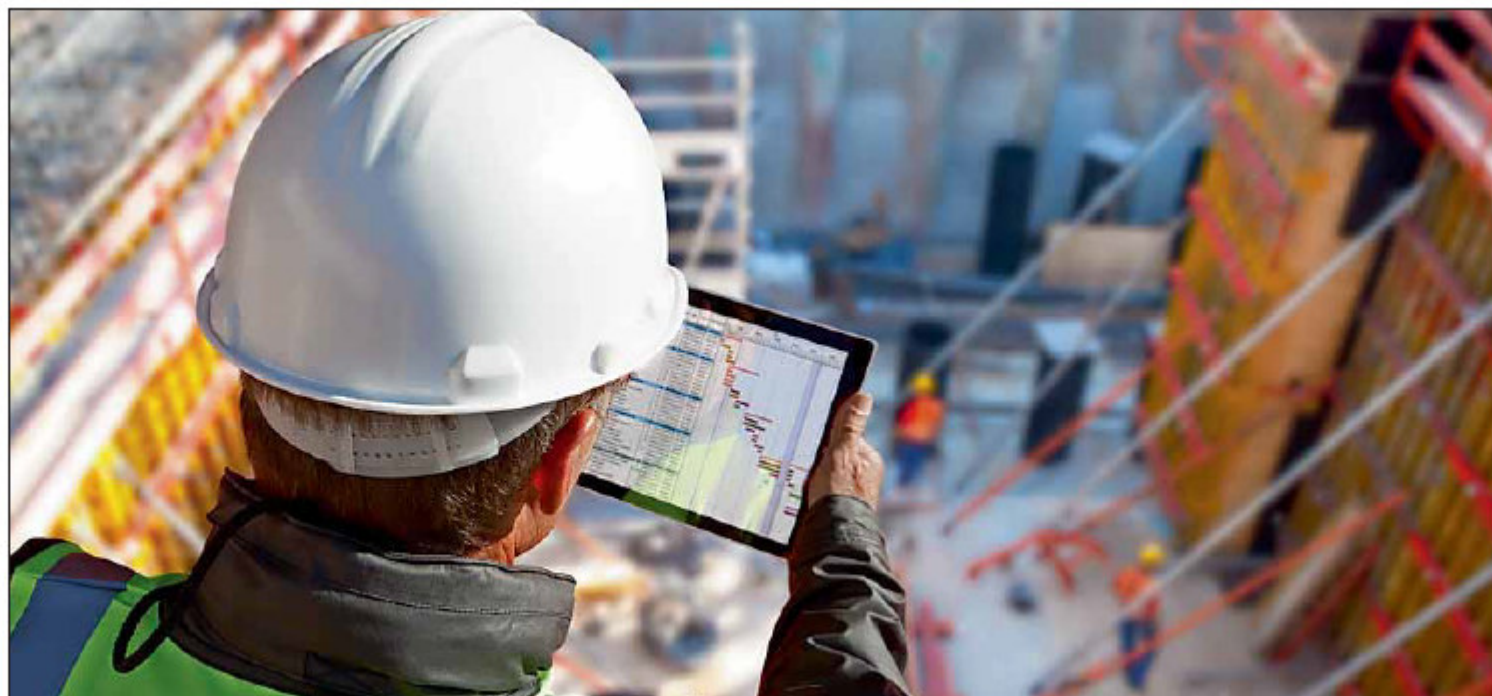
VERWALTUNG: Arbeitsförderungsinstitut regt Nachbesserungen an – Webinar mit verschiedenen Experten zum Thema

BOZEN. 3 Viertel der öffentlichen Aufträge in Südtirol gingen zuletzt an den billigsten Anbieter. Eine Folge davon ist Lohndumping, wie das **Arbeitsförderungsinstitut (AFI)** beklagt. Mit gezielten Maßnahmen solle dem entgegengewirkt werden.

Die öffentlichen Aufträge betragen 2019 in Südtirol insgesamt 1,6 Milliarden Euro, das entspricht in etwa einem Drittel des Landeshaushalts. 3 Viertel der Aufträge wurden nach dem Kriterium des niedrigsten Preises zugeschlagen, wie es vonseiten des AFI heißt. Anlass genug für das AFI, im Rahmen eines Webinars gemeinsam mit lokalen Experten hinter das Phänomen zu blicken. „Dabei entstand ein Maßnahmenkatalog mit 6 Vorschlägen, mit dem sich die Entscheidungsträger auseinandersetzen sollten, um in Südtirol gute Arbeitsbedingungen zu garantieren“, sagt **AFI-Präsident Dieter Mayr**.

Maßnahme 1: Protokoll der Sozialpartner

Die Sozialpartner sollten laut AFI ein Protokoll ausarbeiten, um die anzuwendenden Kollektivverträge exakt zu ermitteln. In Italien herrscht in diesem Zusammenhang mit rund 800 verschiedenen Kollektivverträgen „das reinste Chaos“, wie das AFI betont. Damit soll Gewissheit geschaffen werden, welcher Vertrag bei einem Auftrag (Arbeiten, Dienstleistungen oder Lieferungen) spezifisch anzuwenden ist. „Ziel ist es, das Phänomen des vertraglichen Dumpings zu unterbinden, bei dem die auftragnehmenden Unternehmen meist den Vertrag mit den schlechtesten Bedingungen



Das AFI legte 6 Maßnahmen im Zusammenhang mit einer gängigen Praxis bei öffentlichen Aufträgen auf den Tisch. shutterstock

für ihre Belegschaften anzuwenden“, so das AFI.

Maßnahme 2: Errichtung eines Kompetenzzentrums

Bei der Agentur für die Verfahren und die Aufsicht im Bereich öffentliche Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträge (AOV) sollte nach Ansicht des Arbeitsförderungsinstituts ein Kompetenzzentrum errichtet werden, um die auftraggebenden Körperschaften etwa bei der Ausarbeitung der Ausschreibungsbedingungen zu unterstützen, und somit von Anfang an klare Verhältnisse zu schaffen. „Meist verfügen die öffentlichen Körperschaften zwar über technische Ämter, die den Auftrag unter dem technischen Aspekt betreuen können, aber nicht über angemessen und fortgehend ausgebildetes Verwaltungspersonal: Dieses sollte in

der Lage sein, alle Bestimmungen zu berücksichtigen, Verwaltungsverfahren abzuwickeln und korrekte Aufträge abzufassen“, erklärt das AFI.

Maßnahme 3: Dienste für Genossenschaften

„Genossenschaften sind meist kleine, aber auch sozial sehr kostbare Wirtschaftsteilnehmer. Sie brauchen jedoch konkreten Beistand seitens ihrer Dachverbände, da sie meist nicht über das erforderliche Personal und die nötige Struktur verfügen, um an den Ausschreibungen und Marktumfragen teilzunehmen“, betonen die Experten.

Maßnahme 4: Regeln für kleine Aufträge

Was nun die Arbeiten, Dienstleistungen und Lieferun-

gen betrifft, sind vor allem zusätzliche Regeln für Aufträge unter dem Schwellenwert gefragt, um den Gesamtrahmen genauer zu umreißen und transparenter zu gestalten. „Dienstleistungen und Lieferungen unter 40.000 Euro werden in 8 von 10 Fällen lokalen Unternehmen erteilt. 2019 wurden mehr als 50.000 Zuschläge durchgeführt; daher ist es auch so wichtig, dass alle die Spielregeln genau kennen.“

Maßnahme 5: Trendumkehr im „Outsourcing“

Von mehreren Seiten wird die Wiedereingliederung verschiedener öffentlicher Dienste gefordert, die in den letzten Jahren ausgelagert worden sind. „Outsourcing“ hat nicht immer eine höhere Dienstqualität zur Folge und verursacht mittel- bis langfristig unter Umständen sogar

höhere Kosten. Die Einsparungen, die die öffentliche Körperschaft durch die Vergabe erzielt, können mittel- bis langfristig auch nach hinten losgehen, da viele Arbeitnehmer mit geringem Arbeitseinkommen irgendwann auf lohnergänzende Sozialleistungen angewiesen sind“, so die Einschätzung des AFI.

Maßnahme 6: Rechtssicherheit

„Allgemein wurde der Bedarf nach Rechtssicherheit deutlich – eine unabdingbare Bedingung, um in einem so komplexen Themenbereich besser arbeiten zu können“, unterstreicht das Institut. Aufgrund der Überschneidung von gemeinschaftlichen, gesamtstaatlichen und lokalen Bestimmungen sei es sehr schwer, sich einen klaren Überblick und somit Gewissheit zu verschaffen. © Alle Rechte vorbehalten

